



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

In den Parlamentsferien.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## In den Parlamentsferien.



er Parlamente hat sich eine unbehagliche Stimmung bemächtigt. Überall Seufzer und laute Klagen über Mangel an Achtung und Anerkennung, über Schmälerung des Einflusses, ja es ist ein wahrer Wetteifer entbrannt, den Preis der Ohnmacht jeder einzelnen Versammlung zuzuteilen. Wer trägt die Schuld an diesem Winter des Mißvergnügens? In erster Linie, darüber sind die Oppositionen in allen Ländern einig, die Regierungen, die sich Tag und Nacht mit listigen Anschlägen gegen die in der Allmacht des Parlaments verkörperte Volksherrschaft tragen. Wenn man die nämlichen Beschuldigungen dort, wo „Reaktionäre“ oder „Moderados“ oder „Progressisten“ oder „Radikale“ am Ruder stehen, vernimmt, so wird das Vorhandensein anarchistischer Parteien begreiflich, denn offenbar ist kein Charakter und keine Überzeugung stark genug, um dem unheilvollen Einflusse der Regierungsluft zu widerstehen; oder, wie das erst in jüngster Zeit der einstige Unversöhnliche Tisza und der einstige Revolutionär Crispien ausgedrückt haben: vom Ministerstuhle aus sieht man die Dinge anders an als von der Oppositionsbank. Aber wenn die Regierungen die Hauptschuldigen sind, so erhalten sie häufig das Volk als Mitangeklagten, das Volk, welches zu launisch und gleichgiltig gegen seine teuersten Interessen ist. Es giebt nur wenige lebende Sprachen in Europa, in welchen nicht in letzter Zeit solche Anklageschriften abgefaßt worden wären.

Und leugnen läßt sich allerdings nicht, daß Zwiespalt zwischen Ministern und Abgeordneten in der Auffassung der Stellung eines Parlaments im Staatsorganismus fast überall an der Tagesordnung ist, und daß andererseits ebenso allgemein der größte Teil der Bevölkerungen deutlich zu erkennen giebt, daß ihm die parlamentarischen Verhandlungen nicht mehr so viel bedeuten wie

ehedem. Es darf sogar zugegeben werden, daß sich hier und da eine bedauerliche Gleichgiltigkeit gegen die Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten überhaupt eingestellt hat. Bedauerlich, aber keineswegs unerklärlich. Denn von der eigentlichen, ernstesten parlamentarischen Arbeit erfahren die Draußenstehenden viel weniger, als von den Leistungen der Redegewaltigen und der Witzlinge. Was wunder, wenn man sich in immer weiteren Kreisen gewöhnt, das Ganze als ein Schauspiel anzusehen, in welchem die Handelnden nur das eine Ziel vor Augen haben: den Beifall des geehrten Publikums auf den Galerien und des zeitungslesenden zu erringen! Das ist im großen und ganzen ein Irrtum, und selbst diejenigen, welche man Komödianten nennen darf, pflegen, mit einzelnen berühmten Ausnahmen, sich auf der Bühne oder Tribüne leider dermaßen zu erhitzen, daß sie für den Augenblick an den Ernst ihrer Worte glauben. Desto kränkender muß für sie die kühle Haltung des großen Publikums sein, welches ihnen zuruft: „Greifert euch nicht! Euer Parteigezänk ist uns höchst gleichgiltig, eure Interessen sind nicht die unsern, wir wollen in Ruhe und Sicherheit unsern Geschäften nachgehen, und wer uns die Ruhe und Sicherheit verbürgt, ist unser Mann, heiße er Hinz oder Kunz, sei er auf dieses oder jenes Fraktionsprogramm eingeschworen.“ Auch das haben wir im Laufe des Winters in mancherlei Sprachen lesen können, französisch, englisch, italienisch — deutsch nicht zu vergessen.

Die Gefahr, welche in dem Überhandnehmen der Gleichgiltigkeit gegen die politischen Fragen enthalten ist, wird natürlich geringer, wo die Staatseinrichtungen fest und der Wille vorhanden ist, nicht daran rütteln zu lassen. Aber den Franzosen fängt bereits an unheimlich zu werden. Ihnen dämmert die Erinnerung auf, daß sie vor beinahe vierzig Jahren schon eine ganz ähnliche Zeit durchgemacht haben, als Monarchisten von der alten und von der neuen Richtung, blaue und rote Republikaner sich herumbalgten, nicht merkten, daß sie samt und sonders den Boden im Volke verloren hatten und daß der verspottete Held von Boulogne ihnen die Schlinge um den Hals legte. Wenn nun heute in der dritten Stadt Frankreichs Anarchisten, Radikale und Bonapartisten einen der verruchtesten Unruhestifter zum Abgeordneten machen, die nächstmeisten Stimmen ein Deleanist und nur halb so viele der Kandidat der gemäßigten Republikaner erhält, in einem andern Departement mit offener Verhöhnung des Gesetzes „der Saint-Arnaud des Café chantant“ auf den Schild geschoben wird, so muß das allerdings den vernünftigen Leuten zu denken geben, wie Herr Windthorst zu sagen liebt. Und doch ist die Sache so klar. Während die Deputirten das Stürzen der Regierungen wie ein Gesellschaftsspiel betrieben, haben sie sich selbst so vollständig um den Kredit gebracht, daß alles nach einer Autorität lechzt, unter welchem Banner sie auch ihren Einzug halten möge, und wiederum werden sie des Ernstes noch immer nicht gewahr, agitiren und intrigiren für ihre bittersten Feinde, um nur nicht die

ihnen zunächst stehenden zu einem Vorteil gelangen zu lassen. Wer endlich jene Gesellschaft nach Hause schicken wird, darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Aber zur Warnung sollte uns ihr Beispiel dienen.

In Deutschland giebt es ja Leute, die es als Zurücksetzung empfinden, daß bei uns nicht, wie in den jüngsten europäischen Staaten, je zwei Advokaten-  
gruppen abwechselnd regieren oder in dem bekannten Brusttone die tyrannische und korrupte Regierung der allgemeinen Verachtung empfehlen. Dort im Südosten kann man sich einen solchen Luxus gestatten; ob der, welcher die Kuh melkt, Pascha, Bojar, Minister oder Senator heißt, und ob man bei einer Wahl oder beim Streit um eine Hammelherde zu den langen Flinten greift, das macht keinen wesentlichen Unterschied. Aber in größern Reichen und auf andrer Kulturstufe steht etwas mehr auf dem Spiele. Wir können kein Parlamentskarroussel gebrauchen, aber nicht eine Vertretung entbehren, welche vom Volke als solche anerkannt wird. Das deutsche Volk will aber von Fraktionspolitik und Fraktionshader ebenso wenig wissen wie das französische. Wir wollen keine Partei weißbrennen, begreifen jedoch, daß das unausgesetzte Geisern und Nörgeln auch den Gemessensten aus der Ruhe bringen kann. Und von welchen Seiten der schlechte Ton und das Gift in die Verhandlungen gebracht wurde, das weiß jeder. Wie wenig entspricht es der Würde einer Versammlung, welche den stolzen Namen Deutscher Reichstag führt, wenn die Parteien einander bei jedem Anlaß vorwerfen, die Parlamentsreden seien Wahlreden, wenn die Minorität sich geberdet, als ob die Stimmen, welche die Gegner erhalten haben, ihr widerrechtlich entzogen seien, als ob nur ihre Wähler „das Volk“ seien! Wenn die Herren einander dergleichen Dinge recht oft sagen, so glaubt die Menge sie gewiß und macht keinen Unterschied zwischen Links und Rechts und Mitte. Aber der Freisinn hat alle Besonnenheit verloren. In den parlamentarischen Kinderjahren Deutschlands sind viele Dummheiten vorgekommen; doch das wäre vor vierzig Jahren keinem „Piepmeyer“ eingefallen, einem Parteiführer als Nationalbelohnung einen Fonds für Wahlumtriebe anzubieten. Also das ist des Pudels Kern, dahin hat es die politische Erziehung der Nation gebracht, daß Geld, viel Geld aufgewandt werden muß, um den Volkswillen zum unverfälschten Ausdruck zu bringen! Wie es scheint, sollen die rotten boroughs des parlamentarischen Musterlandes bei uns akklimatisirt werden. Einen kräftigern Beweisgrund für die Verlängerung der Legislaturperioden hätten wir uns nicht wünschen können.

Natürlich haben wir nichts dagegen, wenn die demagogischen Talente, von denen die Linksliberalen immer tiefer in den Irrgarten geführt worden sind, sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen. Der berühmte Feldzug gegen das Septennat hatte schon manchem die Augen geöffnet. Dann kam das den patentirten Freiheitsmännern so wohl anstehende liebedienerische Sichherandrängen an den damaligen Kronprinzen und das Intriguenspiel gegen den jetzigen, das lebhaft

an die kopflose Opposition der konservativen Ultras gegen den Prinzen von Preußen erinnert. Und nun es den Anschein gewinnt, als sei der Liebe Müßig gänzlich umsonst gewesen, wird über die Zerklüftung der liberalen Partei, über die Unversöhnlichkeit der Nationalliberalen gejammert. Tag für Tag sind die letztern geschulmeistert, gehöhnt, mit Grobheiten oder den niedrigsten Verdächtigungen bedient worden, und wenn sie jetzt nicht in der Laune sind, durch Einführung ihrer zärtlichen Freunde in die gute Gesellschaft sich selbst zu kompromittiren, so heißt das Unversöhnlichkeit! In ausländischen Blättern lassen sich die journalistischen Wortführer der Richterschen Partei ihre Mäßigung und Bescheidenheit bescheinigen, weil sie nach dem Thronwechsel nicht verlangt haben, daß die bisherigen Räte der Krone auf die Festung geschickt und sie selbst an deren Stelle gesetzt würden. Sie haben nur in Form von Gerüchten zu verstehen gegeben, wie den ihnen am wenigsten zu Gesichte stehenden Personen die allerhöchste Ungnade auszudrücken sei, und haben am offenen Sarge des Kaisers Wilhelm die Hoffnung ausgesprochen, von nun an „ihrem Gewissen und ihren Überzeugungen gemäß dem Wohle der Gesamtheit dienen zu können.“ Die Worte „von nun an“ wurden allerdings nicht ausgesprochen, aber niemand, der die dreiste Auslassung gelesen hat, kann sich über den Sinn derselben täuschen. Wenn da die Ausdrücke Mäßigung und Bescheidenheit anwendbar sind, so können sie nur auf die Ansprüche bezogen werden, welche die Schreiber an die eigene Person in Anschauung des Taktes stellen. Sogar das sollen wir ihnen hoch anrechnen, daß sie den Reichskanzler gnädig auf seinem Plage lassen wollen. Es ist richtig, die alten beliebten Weisen „Hausmaier“ und „Fort mit Bismarck!“ haben sich bisher nicht vernehmen lassen — die Trauben hängen eben zu hoch.

Wenn es wieder zu Annäherungen zwischen Mitgliedern der sogenannten deutschfreisinnigen Partei und den Nationalliberalen kommen sollte, so können sie sich nur auf diese Weise vollziehen wie bei den letzten Wahlen, also ein weiteres Zusammenschrumpfen der Richterschen Bannerschaft zur Folge haben. So unklug wird niemand sein, sie aus dem Sumpf, in den sie von ihrem „Berge“ aus geraten ist, herauszuziehen, die Herren müßten denn endlich lernen, daß der Staat nicht um des Parlaments willen und das Parlament nicht ihretwegen da ist.

